

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 61 (1982)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Autonomie und Arbeiterbewegung : Stichworte zu einer Diskussion  
**Autor:** Heeb, Fritz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-339855>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

und leider geschieht, dass über den so instandgesetzten öffentlichen Diskurs unliebsame Journalisten bedroht und unter Druck gesetzt werden, dass der Diskurs zum Sanktionsinstrument verkommt.

Oft geschieht das gerade dann, wenn die Kriterien einer richtig verstandenen Objektivität als Annäherungswert erfüllt sind. Man berücksichtigt nicht, dass die dreiminütige Wiedergabe eines mehrstündigen Ereignisses (etwa Unruhe in den Städten) Kürzung, Schwerpunkte, Kommentierung und Reduktion mit subjektiver Deutung erfordert. Oder will jemand verlangen, dass der Bürger in der Medienanstalt sich willfährig zum politischen Eunuchen machen lässt, wenn er diese schwierige und verantwortungsvolle Arbeit des Schneidens und Besprechens eines Films vollzieht?

Dies alles geschieht mit einem Minimum an Personal und Geld, ist also noch viel schwieriger als in den Anstalten der umliegenden Nachbarländer.

So gesehen sind die Masstäbe, die Zeitungskonzerne wie Ringier mit «Blick» oder rechte, mit den privaten Medienkonzernen verknüpfte Vereinigungen wie der «Hofer-Club» und andere anlegen, nicht mehr als verdeckte Zweckkritiken für eigene kommerzielle Projektabsichten. Zweckkritiken, die sich einer echten Auseinandersetzung mit den Begriffen Objektivität und Ausgewogenheit entziehen.

Das ist ebenso zu verurteilen wie der kritiklose Kotau mancher aktiver Politiker aus Angst vor der Verbannung aus dem Bildschirm oder wie die Bücklinge von Fernsehhierarchen vor dieser unqualifizierten Kritik. Das kann Vertrauen in die Medien nicht wecken, das zerstört Vertrauen.

### Ein praktisches Beispiel

Die SP Schweiz enthält sich nicht einfach jeder Kritik an Radio und Fernsehen. Sie will aber auch nicht den Eindruck erwecken, Kritik von rechts (alltäglich) und links (gelegentlich) sei allein schon eine Bürgerschaft für Ausgewogenheit der SRG-Produkte.

Wenn indessen, wie in der Tagesschau-Hauptausgabe vom 28. Februar über die Zürcher Stadt- und Gemeinderatswahlen, gesagt wurde, die drei bisherigen Stadträte würden von der Stadtpartei nicht unterstützt, dann war das falsch und musste in einer Gegendarstellung korrigiert werden.

Ein Verstoß gegen einen richtig verstandenen Objektivitätsbegriff war jene Tagesschausendung, die die Berner Friedensdemonstration als das organisatorische Produkt von «Parteien der äussersten Linken» ausgab. Der verantwortliche Redaktor hatte den Tage vorher von verschiedenen Agenturen verbreiteten Aufruf zur Friedensdemonstration der SP Schweiz schlicht nicht zur Kenntnis genommen.

Es ist zu hoffen, dass der Ständerat, der wohl schon in der kommenden Sommersession über den Radio- und Fernsehartikel beraten wird, sich nicht erneut des langen und breiten über einen diffusen Objektivitätsbegriff auslässt. Gefordert ist eine freiheitliche Medienordnung auf Verfassungsstufe.

### Literaturhinweise

- 1) Botschaft des BR über den Radio- und Fernsehartikel vom 1.6.81, Seite 37
- 2) Ständerat Guntern (CVP) am 12.12.79 in der Kleinen Kammer, Amtl. Bulletin der BV, Wintersession, Seite 573
- 3) Nationalrat Huggenberger (CVP) am 16.12.80 in der Volkskammer, Amtl. Bulletin der BV, Wintersession 1980, Seite 1575
- 4) Amtliches Bulletin, a.a.O.
- 5) Harry Pross in «Wie objektiv sind die Medien?», Fischer, Information zur Zeit, Februar 82, Seite 53
- 6) Pross, a.a.O.
- 7) Michael Abend in «Wie objektiv ...», Seite 170, a.a.O.

*Fritz Heeb*

## Autonomie und Arbeiterbewegung

*Stichworte zu einer Diskussion*

*An der Zürcher Tagung über «Autonomie und Arbeiterbewegung» vom November des vergangenen Jahres sprachen neben Walter Hollstein (vergl. Rote Revue 3/81) auch Fritz Heeb und Andreas Gross. Mit dem Abdruck ihrer Referate soll die Diskussion über dieses Thema abgerundet werden.*

Der Begriff «Autonomie» umfasst ein weites Spektrum. Das Wort stammt aus dem Griechischen und bedeutet Selbstgesetzlichkeit. Es meint Unabhängigkeit, Freiheit von übergeordneten Autoritäten. Nach Kant ergibt sich Autonomie daraus, dass «der sittliche Mensch seinen Willen allein dem Sittenge-

setz der Vernunft unterordnet». Der Kant'sche kategorische Imperativ ist der Vernunft immanent.

Autonomie als Freiheit von Herrschaft, von Unterdrückung und Unterordnung ist ein uraltes Ideal der Menschheit. Autonomie bezeichnet auch das Wesentliche im *sozialistischen* Gedanken: Es soll eine Gesellschaftsordnung erreicht werden, in der sich der Mensch selbst — autonom — verwirklichen kann. Das ist auch der Hauptinhalt der Theorie von Marx und den Marxisten über das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung. Klar ist dabei allerdings, dass diese Autonomie, diese Freiheit des Menschen nur in der *Gemeinschaft*, keineswegs in der Vereinzelung realisiert werden kann. Insofern ergibt sich ein grundsätzlicher Unterschied zu den individualistischen Theorien im *Anarchismus*. Die anarchistische Vorstellung von Autonomie ergibt sich extrem in einem Ausspruch eines amerikanischen Anarchisten des 19. Jahrhunderts, der wie folgt formulierte: «Every man should be his own government, his own law, his own church, a system within himself».

### Der Weg zur Autonomie

wird im Marxismus anders gesehen als im Anarchismus Bakuninscher Observanz: *Nach Marx* ist die Aufhebung der Macht des Kapitals als in erster Linie ökonomische Potenz notwendig:

Die Klasse, die als unterdrückte und ausgebeutete Klasse sozusagen den geschichtliche Auftrag hat, die Macht des Kapitals zu brechen, hat die politische Macht zu erobern. Der Staat dient als Instrument zur Enteignung des Kapitals.

*Die Lehre des Anarchismus* konzentriert sich auf das Wort «Freiheit». Das gesamte Übel der Welt, das es zu zerstören

gilt, ist der Staat, nicht das Kapital. Aufgabe der Revolution ist danach also die Zerstörung des Staates. Nach Zerschlagung des Staatsapparats wird sich die Gesellschaft in kleine Kommunen gliedern, die total autonom sind. Für jedes ihrer Mitglieder herrscht absolute Freiheit. Es gibt weder Recht noch Gesetzbücher. Auch die Familie ist aufgelöst.

*Ernst Bloch* charakterisierte die Ideologie des Anarchismus u.a. wie folgt:

«Im ganzen bleibt ... das anarchistische Freiheitsbild teils überalterte individualistische Ideologie des 18. Jahrhunderts, teils ein Stück Zukunft in der Zukunft, zu dem nirgends gegenwärtige Voraussetzungen bestehen. Ausser in Putsch, rascher Heldentat, politischem Lyrismus, der sich nicht auf die Epik und noch weniger auf die Dialektik der Geschichte versteht.»

Und: «Der Traum von der herrschaftslosen Gesellschaft ist, wenn taktisch aufgefasst, das sicherste Mittel, ihn nicht zu verwirklichen; grundsätzlich verstanden wird er, nach geschehener Aufhebung *der ökonomischen Grundlagen des Staates*, zur Selbstverständlichkeit.» (Zitate aus Ernst Bloch: *Das Prinzip Hoffnung*).

Es besteht kein Zweifel, dass gegenwärtig eine gewisse Renaissance des Anarchismus festzustellen ist. Das ist vor allem das Resultat aus der Erfahrung mit dem sowjet-kommunistischen System. Statt dass nach der Eroberung der politischen Macht und der Enteignung der Kapitalisten und des Grundbesitzes der Staat abzusterben begann, wie es Marx sah, erfolgte im Gegenteil eine ungeheure Stärkung der Staatsmacht. Anstelle der Diktatur des Proletariats trat die Diktatur einer kleinen Schicht von Parteibürokraten, welche die Macht mittels des Staates in den Händen hält.

Von Freiheit und Autonomie des Volkes ist keine Rede. Das Prinzip Heteronomie — Fremdbestimmtheit — ist auf die Spitze getrieben.

Die anarchistischen Strömungen der Gegenwart, genährt durch diese bitteren Erfahrungen mit dem sogenannten realen Sozialismus, entspringen der Enttäuschung über die Unbeweglichkeit der Gesellschaft, der vielbeklagten «Verbürgerlichung» der Arbeiterklasse im Wohlfahrtsstaat und aus dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem Kapital.

Andererseits übt der Hedonismus insbesondere bei der Jugend seine Faszination aus: Das Streben nach individuellem gegenwärtigem Glück und dem unmittelbaren Genuss. Dazu passen die Leitsätze des schon zitierten amerikanischen Anarchisten ausgezeichnet: «Ich bin meine eigene Regierung, gebe mir mein eigenes Gesetz und ich bin meine eigene Kirche.» Das ist typisch bourgeoiser — kleinbürgerlicher Individualismus. Daraus leitet sich auch die These und die Haltung der sogenannten «Grossen Verweigerung» ab. Sie ist schon im Freiheitsbegriff Sartres enthalten, den er wie folgt entwickelte: «Da die Ordnung der Wahrheiten ausser mir existiert, so ist das, was mich als autonom definiert, nicht die schöpferische Erfindung, sondern die Weigerung ... Man erkennt in dieser Fähigkeit, sich zu entziehen, sich zu lösen, zurückzuweichen, eine Vorwegnahme der Hegelschen Negativität.»

Die «Grosse Verweigerung» führt zur Praxis des Aussteigens. Dazu gehören die Experimente mit Kommunen auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die neueste, sehr aufschlussreiche Formulierung der Grossen Weigerung war in der «Wochenzeitung» zu lesen. Sie stammt bezeichnenderweise von Bellini, der schreibt:

«Ich glaube, dass der ‹Bewegung› heute eine Friedenspraxis vorzuschlagen bedeutet: Ihr eine Praxis der Verweigerung und der Sabotage vorzuschlagen. Verweigerung der Arbeit, Sabotage der Ausbeutung, Sabotage ihrer Gewalt und Schädlichkeit; Ablehnung und Verweigerung der Parteien als Sabotage der Vermittlung der Staatsherrschaft; Ablehnung und Verweigerung des Militärdienstes als Sabotage der Kriegsvorbereitung; Wohngemeinschaften als Sabotage der Familie und Ablehnung und Verweigerung der Geschlechterrollen; Ablehnung der Kernenergie als Sabotage der Militarisierung des Territoriums und des giftigen Nuklearmülls; Ablehnung der Spielregeln als Sabotage des ‹demokratischen Systems› usw. ...»

Ich will nicht behaupten, dass die sich als Linke bezeichnenden Leute, die mancherorts in der Sozialdemokratischen Partei das grosse Wort führen, sich mit diesem Programm vollständig identifizieren. Ihre anarchistische Schlagseite führt sie aber dazu, das Programm Bellinis auf halbem Weg zu befolgen: Die Beteiligung an Exekutiven und Legislativen in Gemeinde und Staat wird als unwichtig missachtet. Man huldigt einem politischen Lyrismus im Sinne von Ernst Bloch, einem verbalen Radikalismus, einer geschwätzigten Diskussionitis, bewundert und rechtfertigt ‹actions›, die den Bürger schrecken sollen.

All das hat keinerlei Wirkung in Richtung einer Veränderung der Gesellschaft. Jener Teil der heutigen Jugend, die von einem alternativen Leben redet, will auch keine Veränderung der Gesellschaft. Sie will aussteigen, sie will alternative Lebensformen *neben*, nicht anstelle der heutigen Gesellschaft realisieren.

Die Herrschaft des Grosskapitals in der gegenwärtigen Gesellschaft bleibt so unangetastet. Mit Kommunen und mit Aussteigen und mit Verweigern wird weder den Multinationalen noch den Banken, noch dem Bürgertum ein Leid getan. Die Alternativen, die Aussteiger, geniessen daher durchaus folkloristische Narrenfreiheit. Sie bilden willkommenen Stoff für die Massenmedien zur Unterhaltung des Publikums. Falls Gewalt als Vehikel der Autonomie angewendet wird, gibt sie dem herrschenden Bürgertum die Rechtfertigung zur Praxis in Richtung Polizeistaat. Das Subjekt gesellschaftlicher Veränderung bleibt nach wie vor die zum Bewusstsein ihrer Stärke gekommene Masse der Lohnabhängigen. Sie sind eine, wenn zurzeit in der Schweiz auch schläfrige ökonomische Macht. Sie hat ihre politische und gewerkschaftliche Organisationen. Aufgabe der Sozialisten ist es, in der von Habermas so bezeichneten langfristigen *Strategie der massenhaften Aufklärung* dieser ökonomischen und politischen Macht das Bewusstsein ihrer selbst zu vermitteln. Es geht also nicht darum, sich in Kommunen ausserhalb der

kapitalistischen Gesellschaft anzusiedeln und der Illusion einer Autonomie zu huldigen, die ja nur solange für eine alternative Minderheit Bestand haben könnte, als es der relative ‹Wohlstand› der Gegenwart erlaubt.

Zur Veränderung der Gesellschaft bedarf es der Geduld und der Ausdauer. Mit hysterischem ‹subito› ist nichts zu verändern.

Das Programm der Selbstverwaltung ist gerichtet auf wirkliche Autonomie. Selbstverwaltung ist gegenwärtig noch ein fernes Ziel. Das Programm ist grundsätzlich richtig, aber keineswegs etwa neu in der sozialistischen Bewegung.

Für eine Politik wirklicher Veränderung bedarf es der Fähigkeit, das gegenwärtig richtige Kettenglied zu fassen. Das ist heute in Richtung auf Autonomie und Selbstverwaltung die Forderung auf Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Unternehmen und Betrieben. Sie durchzusetzen erfordert von der Arbeiterbewegung hartnäckige und geduldige Aufklärung bei der grossen Masse der Lohnarbeitenden. Hier liegt die konkrete und auf die Dauer wirksame verändernde Arbeit von Sozialisten.

Andreas Gross

## Autonomie und die aktuelle Situation

*Eine historische Reflexion*

Geschichte dient uns zur Orientierung in der Gegenwart und ist für uns Voraussetzung zur bewussten Gestaltung der Zukunft. In diesen Rahmen möchte ich auch meine gerafften Überlegungen zur geschichtli-

chen Bedeutung des Begriffes Autonomie stellen. Erschwerend wirkt sich dabei aus, dass es sich die SP in den letzten Jahrzehnten abgewöhnt hat, ihre eigene Geschichte kritisch zu hinterfragen; ihre Mitglieder